

Klimakrise ist Gesundheitskrise: für ein starkes Gesundheitsschutz- und Präventionskonzept



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Lilly Aepfelbach (KV Berlin-Reinickendorf)
Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

- 1 **Bündnis 90/die Grünen setzen sich für folgende Maßnahmen ein, um**
- 2 **Gesundheitsschutz und**
- 3 **Prävention im Hinblick auf die Klimakrise zu fördern.**
- 4 Für Januar 2023 plant die Bundesregierung ein Finanzierungsstabilitätsgesetz der
- 5 Gesetzlichen Krankenversicherungen. **Wir setzen uns innerhalb der Koalition dafür ein,**
- 6 **dass**
- 7 **die Neupatient*innenregelung nicht abgeschafft wird.**
- 8 Die Neupatient*innenregelung wurde eingeführt, um mit extrabudgetärer Vergütung von
- 9 vertragsärztlichen Leistungen Anreiz zu schaffen, neuen Patient*innen zeitnah eine
- 10 Sprechstunde anzubieten. Bekommen Patient*innen nicht rechtzeitig einen
- 11 Facharzt*innentermin, stellen sich viele nach einiger Zeit in den ohnehin schon überlasteten
- 12 Rettungsstellen vor. Zeitnahe Facharzt*innentermine können außerdem verhindern, dass sich
- 13 Beschwerden mit der Zeit verschlimmern, bis ein stationärer Krankenhausaufenthalt notwendig
- 14 ist. **Durch die Klimakrise werden in Zukunft insbesondere Termine bei internistischen**
- 15 **Facharzt*innen gefragt sein, da Temperaturextreme regelmäßig zu extrem großen**
- 16 **Gesundheitsbelastungen führen werden, die speziell für ältere Menschen und**
- 17 **Personen mit**
- 18 **gesundheitlicher Vorbelastung lebensbedrohlich werden können.** Insbesondere die
- 19 Bereiche der
- 20 Pneumologie und Kardiologie werden deswegen in Zukunft vermehrt in Anspruch genommen
- 21 werden.
- 22 Auch die psychotherapeutischen Sprechstunden und Erstgespräche werden durch die
- 23 Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen der Länder vergeben. **Gerade in**
- 24 **Krisenzeiten wie Pandemien oder nach Katastrophen wie großflächigen und**
- 25 **zerstörerischen**
- 26 **Hochwassern sind psychotherapeutische Leistungen auf Grund der mit diesen**
- 27 **Ereignissen**
- 28 **verbundenen psychischen Belastungen deutlich gefragter.** Es muss sich für
- 29 Psychotherapeut*innen lohnen, Sprechstunden anzubieten und neue Patient*innen
- 30 aufzunehmen.
- 31 **Zudem muss die Anzahl von Notfallseelsorger*innen und in psychosozialer**
- 32 **Notversorgung**
- 33 **geschulten Helfer*innen erhöht werden,** um von psychischen Ausnahmesituationen

betroffene

26 Personen möglichst schnell identifizieren und ihnen eine unkompliziert verfügbare
27 Erstversorgung zukommen zu lassen.

28

29 **Wir setzen uns außerdem im Rahmen des Finanzierungsstabilitätsgesetzes dafür ein,
dass mehr**

30 **Berufsgruppen, welche in bettenführenden Stationen in der Pflege eingesetzt werden
könnten,**

31 **in die berücksichtigungsfähigen Berufsgruppen aufgenommen werden, welche durch
die**

32 **Pflegepersonalkosten gedeckt werden.** So könnte der Personalmangel insbesondere in

33 Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie gemindert werden, wenn Berufsgruppen wie

34 Rettungshelfer*innen, Entbindungspfleger*innen oder Arztassistent*innen, die in sinnvollem

35 Rahmen in der Pflege eingesetzt sind, auch durch die Pflegepersonalkosten gedeckt werden

36 können.

37 **Wir erhöhen die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung durch die Aufnahme von**

38 **Gesundheitsbildung im länderübergreifenden Lehrplan der Grundschulen und
weiterführenden**

39 **Schulen.** Gesundheitskompetenz beinhaltet, Symptome gängiger "Volkskrankheiten" zu kennen
und

40 identifizieren zu können und zu wissen, wohin man sich mit seinen Beschwerden wendet.

41 Die Klimakrise stellt eine große Belastung für viele Arbeitnehmer*innen dar. **Das**

42 **Arbeitsschutzgesetz muss dringend unter dem Aspekt des Klimawandels neu
diskutiert werden.**

43 Wir fordern insbesondere mehr Schutz für Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit

44 Vorerkrankungen, sowie Menschen die im Freien schwere körperliche Arbeiten verrichten. Bei

45 anhaltenden belastenderen klimatischen Bedingungen wie Hitze und hoher UV-Einstrahlung

46 braucht es mehr Pausenzeiten, mehr Ausweichmöglichkeiten auf alternative Arbeitsplätze (wie

47 Homeoffice), die Verlagerung von körperlich besonders belastenden Tätigkeiten in Zeiträume

48 mit geringerer Wärmebelastung, Luftfilteranlagen und Klimatisierung in Innenräumen.

49 Außerdem muss der Aspekt psychischer Gesundheit im Arbeitsschutzgesetz neu evaluiert
werden.

50

51 **Über die betriebliche Gesundheitsförderung lassen sich für Arbeitgeber Anreize
schaffen,**

52 **klimafreundliche Verhaltensweisen der Arbeitnehmer*innen zu fördern,** welche
gleichzeitig

53 gesundheitsfördernd sind. In die betriebliche Gesundheitsförderung könnten pflanzenbasiertes

54 Kantinenessen, kostenlose ÖPNV-Tickets für Mitarbeiter*innen, Leihfahrräder,

55 stressreduzierende Arbeitsmodelle (wie Homeoffice, Vermeidung von Flugreisen durch Zoom-

56 Calls, etc.) aufgenommen werden.

57 **Wir stärken den zivilen Bevölkerungsschutz dadurch, dass Ehrenamtliche
anerkannter**

58 **Hilfsorganisationen wie DRK, ASB, etc. bei Einsatz in Krisensituationen bundesweit**

59 **gesetzlich verpflichtende Freistellungsregelungen in Anlehnung an die für THW und**

Feuerwehr

- 60 **bereits existierende Regelungen geschaffen werden.** Dies schließt insbesondere die
bezahlte
- 61 Freistellung der Helfenden von der Arbeit bei gleichzeitigen Lohnausgleichszahlungen an die
62 Arbeitgeber mit ein.
- 63 Die Klimakrise und Naturzerstörung verstärken die kontinuierliche Intrusion in fragile
64 Ökosysteme und dadurch das Artensterben sowie die Verbreitung von zoonotischen
Erkrankungen
- 65 erheblich.
- 66 Wir fordern insbesondere den Ansatz der planetaren Gesundheit, sektorenübergreifend
67 aufzugreifen, damit durch Prävention gesundheits- und umweltbezogene Schwierigkeiten
68 zusammen angegangen werden. **Dafür sollen sowohl international durch die Convention
on**
- 69 **Biological Diversity, die Regulierung des internationalen Wildtierhandels, als auch
durch**
- 70 **die nationale Verschärfung des Wald und Biodiversitätsschutzgesetzes die Risiken
durch**
- 71 **zukünftige Pandemie gesenkt werden sollen.**

weitere Antragsteller*innen

Clemens Justus Joshua Sachs (KV Berlin-Reinickendorf); Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sven Drebes (KV Berlin-Mitte); Armin Schäfer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Max Lüders (KV München-Land); Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Andreas Herzog (Hannover RV); Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Evelyne Hohmann (KV Berlin-Kreisfrei); Pascal Bittes (KV Merzig-Wadern); Paul Widdra (KV Berlin-Pankow); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Mina Mansouri (KV Berlin-Reinickendorf); Nicole Holtz (KV Berlin-Reinickendorf); Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf); Mathias Adelhoefer (KV Berlin-Reinickendorf); Rosalie Ost (KV Berlin-Pankow); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.